



Haushalts- und Finanzausschuss

7. Sitzung (öffentlich)

09. November 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:55 Uhr

Vorsitz: Martin Börschel (SPD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1 „Paradise Papers“	6
Unterrichtung durch das Ministerium der Finanzen	
– Bericht durch StS Dr. Patrick Opdenhövel (MF)	6
– Aussprache	7
2 Gespräch mit dem Vorsitzenden des Vorstands der NRW.BANK	14

3	Verzicht auf die Fusion der Sparkassenverbände	20
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/225	
	– Aussprache	20
4	Sachstand Leitung Finanzamt für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung Wuppertal	29
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/224	
	– Bericht durch StS Dr. Patrick Opdenhövel (MF)	29
	– Aussprache	30
5	139 neue Regierungsstellen	33
	Bericht der Landesregierung Vorlagen 17/150 und 17/232	
	– Bericht durch StS Dr. Patrick Opdenhövel (MF)	33
	– Aussprache	34
6	Sachstand Automatischer Datenaustausch	44
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/227	
	– kurze Aussprache	44
7	Verschiedenes	45

8 Zustimmung des Landtags Nordrhein-Westfalen gemäß § 64 Abs. 2 LHO zur Veräußerung von Liegenschaften des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB NRW) – Bebautes Grundstück in Bonn

47

Vorlage 17/229

Mit den Stimmen von CDU, FDP, Grüne und AfD sowie bei Stimmenthaltung der SPD stimmt der Ausschuss der Vorlage zu.

* * *

5 139 neue Regierungsstellen

Bericht
der Landesregierung
Vorlagen 17/150 und 17/232

Vorsitzender Martin Börschel informiert, der Abgeordnete Zimkeit habe die Aufnahme dieses Tagesordnungspunkts beantragt. Die Landesregierung habe mit Vorlage 17/232 und der älteren Vorlage 17/150 hierzu Ausführungen gemacht. Der Staatssekretär habe mitgeteilt, dass er diese Vorlagen mündlich ergänzen wolle.

StS Dr. Patrick Opdenhövel (MF) legt dar:

Die SPD-Fraktion hatte bereits in der letzten Sitzung eine Aufschlüsselung erbeten. Nach Einzelplänen ist diese ja auch erfolgt. Nach Inkrafttreten des Nachtragshaushaltsgesetzes können die vom Haushaltsgesetzgeber verabschiedeten Stellen nunmehr durch die Ressorts bewirtschaftet werden. Innerhalb der Ressorts erfolgt zunächst die Zuweisung dieser Stellen an die personalwirtschaftlichen Organisationseinheiten. Unter Einbeziehung der Personal- und Schwerbehindertenvertretungen sowie der Gleichstellungsbeauftragten können sie schließlich besetzt werden. Das ist jetzt der Fall. Die Aufteilung auf die einzelnen Ressorts können Sie der Anlage zur Vorlage entnehmen.

Die Personalverstärkung ist notwendig. Hierzu nenne ich zwei Beispiele aus dem eigenen Geschäftsbereich. Ein Beispiel ist die Leitung des Ministerbüros. Die bisherige Leiterin des Ministerbüros des vorigen Ministers wurde zum Ende der letzten Legislaturperiode mit ihrer Planstelle als Leiterin einer neu gegründeten Gruppe im Finanzministerium eingesetzt. Für die Leitung des Ministerbüros besteht daher zusätzlicher Handlungsbedarf bzw. Stellenbedarf.

Ähnliches gilt für die neue Pressesprecherin und Leiterin Kommunikation und Strategie. Die Vorgängerregierung hat der vorherigen Pressesprecherin über das Ende der Legislaturperiode hinaus einen Beschäftigungsvertrag angeboten. Sie übernimmt jetzt als neue Aufgabe die Leitung eines bei mir eingerichteten Projekts Öffentlichkeitsarbeit Moderne Finanzverwaltung. Auch hier gab es einen Stellenbedarf.

Ferner gibt es in der Struktur der Ministerien – auch in unserem Haus – durch die Neuorganisation der Landesregierung Veränderungen. Auch hierfür ist in einigen Bereichen eine personelle Verstärkung notwendig. Im Hinblick darauf, dass es politische Schwerpunktsetzungen gibt, ist es sicherlich in dem einen oder anderen Fachbereich der Häuser ähnlich.

Abschließend weise ich darauf hin, dass die Planstellen und Stellen den jeweiligen Ressorts insgesamt zur Verfügung stehen und nicht immer auf den angegebenen Verwendungszweck festgelegt sind. Bei entsprechendem Bedarf können Stellen zukünftig auch anderweitig genutzt werden. Das gilt für alle Stellen innerhalb eines solchen – so nenne ich es mal – Ressorttopfes.

Dies wollte ich einleitend noch einmal bemerken.

Stefan Zimkeit (SPD) bedankt sich für die ergänzenden Ausführungen. Dass Stellen, die jetzt eingerichtet würden, irgendwo eingesetzt werden könnten, gelte aber auch umgekehrt. Das bedeute, im ganzen Ministerium seien jede Menge Stellen, die auch ins Ministerium hätten verlagert werden können, um dort diese Aufgaben wahrzunehmen. Dies habe man jedoch bewusst nicht getan.

Genau die beiden genannten Beispiele machten deutlich, wo seine Kritik ansetze. Seine Fraktion habe immer gesagt, es sei nachvollziehbar, im Bereich persönliche Referenten, Pressearbeit neue Stellen zu schaffen und eine Neubesetzung vorzunehmen. Aus diesem Grunde habe man ja auch nicht die Streichung aller 139 Stellen beantragt, sondern nur eines Teils. Was die politischen Schwerpunkte angehe, habe der Staatssekretär jedoch keine Beispiele genannt. Dies finde er sehr interessant.

Er vermisse in der ergänzenden Vorlage den Hinweis, dass eine völlige Neustrukturierung vorgenommen werde, indem, so die Ausschreibung, ein neues Referat für strategische Planung eingerichtet werde. Die Stellen dafür habe man ja schon ausgeschrieben. Dadurch werde der bürokratische Apparat aufgebläht. Seine Fraktion habe die Befürchtung geäußert, dass es darum gehe, die parteipolitische Steuerung der Ministerien zu verbessern. Dies scheine sich nun zu bestätigen. Ihn interessiere, ob eine solche Neustrukturierung nur im Finanzministerium vorgenommen werde oder auch in anderen Ministerien.

Seine Fraktion habe bereits deutlich gemacht, dass man diese Vorgehensweise in Gesamtheit für eine Misstrauenserklärung gegenüber den Beschäftigten in den Ministerien halte, denen damit unterstellt werde, politisch nicht im Sinne des Ministeriums zu arbeiten.

Es sei angekündigt worden, dass die zusätzlichen Kosten, die durch die 139 Stellen entstünden, erwirtschaftet würden. Hier wolle er wissen, ob im Haushalt 2018 entsprechende Erwirtschaftungsmaßnahmen zur Gegenfinanzierung enthalten seien.

Bei einer oberflächlichen Sicht auf den Haushalts 2018 habe man 259 neue Stellen in den Ministerien festgestellt. Offensichtlich handele es sich mitnichten um eine einmalige Maßnahme, sondern augenscheinlich werde gegen alle Ankündigungen die Ministerialbürokratie weiter ausgeweitet. Dies sei ein weiterer Wortbruch dieser Landesregierung gegenüber dem, was CDU und FDP immer versprochen hätten.

StS Dr. Patrick Opdenhövel (MF) führt aus, in der Tat habe man nicht Stellen aus dem nachgeordneten Bereich ins Haus gezogen. Diese Option gebe es zumindest dann, wenn man über entsprechende nachgeordnete Bereiche verfüge. Bereits unter einem anderen Tagesordnungspunkt habe man darüber diskutiert, wie wichtig es sei, dass an bestimmten Stellen die Leute säßen, die die Aufgaben wahrnahmen, die man zum Beispiel im Bereich Steuerbetrug brauche.

Der Abgeordnete Zimkeit habe von einer Neustrukturierung gesprochen. Dies geschehe in der Tat. Seit dem 1. November gebe es eine Gruppe in der Haushaltsabteilung, die dafür zuständig sei, die Wahrnehmbarkeit Nordrhein-Westfalens auf Bundes-

und EU-Ebene zu erhöhen, was zum Beispiel die fiskalischen Auswirkungen bezogen auf die jetzt anstehende neue Förderperiode, Förderpolitiken, Brexit und Europroblematiken angehe. Hierdurch solle die Präsenz des Landes in solchen Fragestellungen deutlich hervorgehoben werden.

Es gebe auch das vom Abgeordneten Zimkeit erwähnte Referat Strategie und Planung. So ganz neu sei die Idee aber nicht. Er habe sich nicht die Mühe gemacht, sich Diskussionen des Jahres 2000 zu vergegenwärtigen, aber zumindest der Organisationsplan von Mai 2000, also zu Zeiten von Herrn Steinbrück, weist eine ganze Abteilung aus, die sich mit dem Thema „Strategie und Planung“ befasse. Darüber hinaus gebe es entsprechende Referatsbezeichnungen, zum Beispiel „Strategische Planung“. Es habe sicherlich auch in der Vergangenheit gute Gründe gegeben, solche Einrichtungen zu schaffen.

In der Tat werde eine Kompensation der Stellen erfolgen. Im Laufe der Legislaturperiode werde es über Kürzungen im Personalausgabenbudget, über globale Minderausgaben und über Stellenabsetzungen eine entsprechende Kompensation geben. Dies werde in den nächsten Haushalten entsprechend darzustellen sein.

Monika Düker (GRÜNE) betont, selbstverständlich habe ein neuer Minister in einer neuen Regierung in einem engen Bereich einen Anspruch darauf, seine eigenen Leute zu platzieren. Der Herr Staatssekretär habe die Bereiche bereits genannt, und so sehe sie es auch, nämlich Leiter Ministerbüro, Pressesprecher, Staatssekretär obligatorisch und vielleicht noch persönlicher Referent, also der ganz enge Bereiche. Als ehemalige Mitarbeiterin in einem Ministerbüro wisse sie, dass es bei einem Regierungswechsel üblich sei, dass diese Stellen freigezogen seien, bevor der neue Minister oder die neue Ministerin komme. Das bedeute, dass sie nicht mit ihren Stellen irgendwohin versorgt würden, sondern bei der Übergabe seien zwei, drei Stellen frei. Sie wolle wissen, ob dies in diesem Fall nicht funktioniert habe.

Darüber hinaus gehe es bei diesen neuen Stellen nicht nur um den genannten engen Bereich, sondern es sei weit darüber hinaus zugelangt worden. Es sei ausgeführt worden, dass diese Stellen keinem Verwendungszweck unterlägen, sondern dem gesamten Ministerium zugeordnet würden und flexibel eingesetzt werden könnten. Vor dem Hintergrund wolle sie wissen, warum diese Stellen nicht mit einem kw-Vermerk versehen worden seien. Diese Frage habe ja unter anderem auch der Landesrechnungshof im Rahmen der Anhörung zum Nachtragshaushaltgesetz gestellt. Eine Antwort darauf sei die Landesregierung bislang schuldig geblieben. Der Minister habe in der letzten Sitzung lediglich ein Einsparversprechen gegeben, indem er gesagt habe, dass alle 139 Stellen im Laufe der Legislaturperiode wieder eingespart würden. Das Instrument dafür, um dieses Ziel zu erreichen, sei ein kw-Vermerk.

Des Weiteren interessiere sie die Konkretisierung der Stellen. Sie finde in der Übersicht in der Vorlage fünf B7-Stellen mit Abteilungsleitung. Es sei ja nicht so, dass da fünf Menschen neu beschäftigt würden, sondern dahinter verbürgen sich fünf neue Abteilungen in verschiedenen Ministerien. Sie bitte um Beantwortung der Frage, welche fünf Fachabteilungen neu geschaffen worden seien und warum.

StS Dr. Patrick Opdenhövel (MF) antwortet, die Ausführungen zur allgemeinen Stellenbewirtschaftung erschienen ihm deshalb wichtig, weil sie generell gälten. Sie hätten vor den Stellenanmeldungen gegolten und würden auch danach gelten. Es handele sich nicht um Extrastellen mit einem Sonderstatus, sondern sie seien Teil des ganz normalen Personalhaushalts. Er wolle dem Eindruck entgegentreten, dass es gezielt Stellen seien, die über einen bestimmten Verwendungszweck gebunden seien und die in dem Moment, wo man sie individualisiere, wieder weg wären, sondern diese Stellen seien ganz klassisch in das vorhandene Verfahren eingebettet.

Bezüglich der kw-Vermerke habe er bereits dargelegt, dass es eine Verständigung über die drei von ihm genannten Instrumente gebe, das entsprechend abzubauen. Dies sei ja bereits Gegenstand der letzten HFA-Sitzung gewesen, in der der Minister dazu Ausführungen getätigt habe. Aus Sicht des Ministeriums bedürfe es nicht des Mittels der kw-Vermerke, wenn verabredet sei, dass dieses Ziel erreicht werden solle.

Der Vorlage könne entnommen werden, wo die Abteilungsleitungen ausgebracht worden seien. Die Vertretung der entsprechenden Häuser sei anwesend. Diese könnte auch die Begründung dafür geben. Das Problem sei, dass man entgegen der idealtypischen Darstellung leider nicht Stellen in einer adäquaten Größenordnung vorgefunden habe. In vielen Häusern, inklusive dem Finanzministerium, seien die Stellen mitgewandert. Er könnte sehr genau beschreiben, wie sich der Ministerbereich mit zusätzlichen Kolleginnen und Kollegen entwickelt habe. Man würde sehr wohl eine Diskrepanz feststellen, wenn man den Organisationsplan im Ministerbereich von Anfang der Legislaturperiode mit dem vom Ende der Legislaturperiode vergleiche. Diese Kolleginnen und Kollegen, die auch fachlich eingesetzt würden, seien im Haus, aber auch mit Stellen. Er könne jetzt nicht die Größenordnung nennen – er wisse auch nicht, ob er sie herausbekommen könne –, wie es tatsächlich sei. Aber den idealtypischen Zustand, den er sehr begrüßen würde, habe man leider nicht vorgefunden.

Stefan Kämmerling (SPD) sagt, er hätte seine Wortmeldung fast zurückgezogen, denn über die fünf B7-Stellen in fünf unterschiedlichen Einzelplänen sei auch er gestolpert, aber die Antwort des Herrn Staatssekretärs gebe ihm die Möglichkeit, eine jetzt bei ihm entstandene Unsicherheit formulieren zu können. Er frage, ob ausgeschlossen werde, dass neue Abteilungen in den fünf einzelnen Ressorts geschaffen würden. So zumindest hätte man den Staatssekretär verstehen können. Wenn er ihn jedoch falsch verstanden habe, bitte um Nachsicht. Sollte dem nicht so sein, also wenn es keine neuen Abteilungen gebe, stelle sich jedoch die Frage, wohin die B7er gingen.

Es gehe aber nicht um Abteilungsleitungen, sondern auch um stellvertretende Abteilungsleitungen, also B4-Stellen. Auch diesbezüglich müsste ja heute mitgeteilt werden können, um welche konkreten Abteilungen es gehe.

StS Dr. Patrick Opdenhövel (MF) entgegnet, er wolle nicht so verstanden werden, dass keine neuen Abteilungen entstehen könnten. Er rege an, sich einmal die einzelnen Ministerien anzusehen. Dafür seien ja die Kollegen aus den anderen Ministerien anwesend. Dies könnten genauere Auskünfte geben.

Vorsitzender Martin Börschel gibt zu bedenken, dass es nicht ausschließlich um eine technische Antwort gehe, sondern er habe die beiden Fragen so verstanden, dass es auch um eine politische Bewertung gehe. Diese politische Bewertung könne natürlich nur von der politischen Ebene vorgenommen werden.

StS Dr. Patrick Opdenhövel (MF) merkt an, die politische Bewertung ergebe sich faktisch durch die Anmeldung. Wenn man die Personalmaßnahmen nicht für notwendig halten würde, hätte man sie nicht angemeldet.

Vorsitzender Martin Börschel erwidert, dies sei jetzt die technische Antwort eines politischen Komplexes gewesen.

Er bitte nun die Vertreter der einzelnen Ministerien, die Fragen zu beantworten.

MR Karl-Heinz Kolenbrander (MHKGB) lässt wissen, im MHKGB seien zwei Abteilungsleitungen mit Stelle in andere Ressorts gewechselt. Deshalb seien mit dem Nachtragshaushalt für den Haushalt des MHKGB zwei neue B7-Stellen eingestellt worden, um einen Nachersatz zu ermöglichen. Es seien keine neuen Abteilungen geschaffen worden. Die Stellen gingen zum einen in die Staatskanzlei und zum anderen ins Innenministerium.

Stefan Kämmerling (SPD) bittet um eine umfangreiche Übersicht über alle Ministerien hinweg, wohin welche Stelle gegangen sei. Bei einem Blick zum Beispiel in den Stellenplan der Staatskanzlei stelle er fest, dass dort keine neue B7-Stelle geschaffen worden sei. Dies ergebe für ihn keinen Sinn.

StS Dr. Patrick Opdenhövel (MF) kann das Erkenntnisinteresse sehr gut nachvollziehen. Dem Informationsbedarf an der Stelle komme man auch weitgehend nach. Darüber hinaus werde man versuchen, noch die eine oder andere Antwort in diesem Bereich zu geben. Die Organisations- und Personalentscheidungen der einzelnen Ressorts würden aber auf jeden Fall öffentlich. Von daher wisse er nicht, ob es sinnhaft sei, Organisationspläne im Rahmen einer weiteren Vorlage nachzuzeichnen.

RR'in Ruth Brake-Köpp (StK) teilt mit, die Staatskanzlei habe eine B7-Stelle vom MHKGB bekommen und eine B7-Stelle an das JM abgegeben, also in Summe null.

LMR Achim Kaschny (MULNV) führt aus, im Rahmen der Umressortierung habe man einen Großteil der alten Abteilung VII Klimaschutz an das Wirtschaftsministerium abgegeben. Die Hausspitze habe sich dazu entschieden, diese Abteilung bestehen zu lassen mit der Bezeichnung „Umweltberichterstattung, Umweltrechtsfragen, Europa, Internationales“. Da man mit der Umressortierung nicht nur gut 50 Stellen, sondern auch die des Abteilungsleiters und der stellvertretenden Abteilungsleitung abgegeben habe, habe man diese beiden Stellen im Rahmen des Nachtrags wieder beantragt und auch erhalten.

LMR Peter Leifeld (MWIDE) legt dar, die Stelle des Umwelt-Abteilungsleiters sei im Wirtschaftsministerium angekommen und im Organisationsplan ausgewiesen worden. Die Anzahl der Stellen im Wirtschaftsministerium sei von ungefähr 300 auf 450 angewachsen. Dieser Organisationsprozess sei gestartet, aber naturgemäß noch nicht abgeschlossen.

Zu der konkreten Stelle, die mal angemeldet habe: Man habe eine neue Abteilung VIII „Standortmarketing und -entwicklung“ gegründet. Dafür werde diese Stelle verwendet.

Monika Düker (GRÜNE) erwähnt, eine neue Abteilung bestehe ja nicht nur aus dem Abteilungsleiter. Die Abgeordnete fragt, ob diese Abteilung aus dem bisherigen Ministerium neu zusammengestellt worden sei oder ob es eine komplett neue Aufgabenstellung für diese Abteilung gebe.

Teils, teils, antwortet **LMR Peter Leifeld (MWIDE)**. Zum einen seien bereits bestehende Aufgaben dort mit eingeflossen, man habe aber im Rahmen der Umressortierungen auch zusätzliche Aufgaben bekommen, die mit in diese Abteilung gegangen seien.

MR Wolfram Kullmann (MKFFI) erläutert, im Zuge der Regierungsneubildung habe man den Bereich der Landeszentrale für politische Bildung an das MKW verloren. Mit verloren habe man gleichzeitig den bis dahin amtierenden Abteilungsleiter und seine B7-Stelle. Diese finde man in der Auflistung jedoch nicht, weil sich in dieser Auflistung nur die neuen Stellen und nicht die bereits im Umressortierungsprozess umgesetzten Stellen wiederfinden. Um die Restabteilung Familie sowie Lesben- und Schwulenpolitik wieder zu einer Abteilung zusammenfügen zu können, bedürfe es einer Abteilungsleitung. Dafür werde diese B7-Stelle benötigt.

MR Dr. Christian Herzberg (MJ) gibt zur Kenntnis, er wolle gerne die Frage nach der verlorengegangenen Stelle beantworten, die von der Staatskanzlei ins Justizministerium gegangen sei. Es handele sich um eine Person, die aus der Staatskanzlei ins Justizministerium gewechselt sei, nämlich die neue Leiterin des Landesjustizprüfungsamtes, und diese sei mit Stelle ins Ministerium gekommen.

LMR Dr. Axel Emenet (MI) lässt wissen, in der Abteilung 1 des Innenministeriums, die es schon immer gegeben habe, seien früher die Themen „Verfassung“, „Wahlen“, „Datenschutz“ und auch der Landeswahlleiter bzw. die Landeswahlleiterin beheimatet gewesen. Im Zuge der Flüchtlingskrise sei die Abteilung 1 erheblich vergrößert worden, und es sei eine zweite Gruppe, die Gruppe 12, gebildet worden. Durch den Organisationserlass des Ministerpräsidenten seien alle Beschäftigten dieser neuen Gruppe 12 sowie Mitarbeiter des Bereichs Staatsangehörigkeitswesen ins MKFFI versetzt worden. Auf Grundlage der verbleibenden Referate quasi der ursprünglichen alten Abteilung 1 und zweier neuer Referate, nämlich der bisherigen Stabsstelle Innenrevision und des bisherigen Referats Justizariat und Verwaltungsrecht, sei eine neue Abteilung 1 geschmiedet worden, also die alte Gruppe 11 plus die zwei neuen Referate. Da man

an das MKFFI den Abteilungsleiter mit seiner B7-Stelle abgegeben habe, habe man deshalb die eine B7-Stelle zusätzlich beantragt, die man auch in der Auflistung finde.

Arne Moritz (CDU) führt aus, die Abgeordneten Zimkeit und Düker hätten im Verlaufe der Diskussion Verständnis dafür geäußert, dass Stellen im Bereich persönlicher Referent, Ministerbüro, Presse etc. geschaffen würden. Während der rot-grünen Regierungszeit habe es eine Vermehrung um 1.257 Stellen gegeben. Er wolle wissen, ob diese alle in diesen drei Bereichen geschaffen worden seien und ob diese jeweils mit einem kw-Vermerk versehen worden seien. Wenn dem nicht so sein sollte, bitte er darum, aufzuzeigen, wo diese Stellen geschaffen worden seien.

Stefan Zimkeit (SPD) entgegnet, den Nebelkerzen, die bereits die Landesregierung geworfen habe, habe der Abgeordnete Moritz eine weitere hinzugefügt. Die neue Landesregierung werde mit den Stellen für das nächste Jahr diese Anzahl weit überschreiten. Das Problem sei gerade sehr deutlich geworden: In diesem Fall würden nicht Stellen für neue Aufgaben geschaffen. Das Umweltministerium sei von der FDP immer als vollkommen aufgebläht beschrieben worden. Nunmehr werde die neue Stelle damit begründet, man habe eine Aufgabe und damit die B7-Stelle abgegeben, weswegen man eine neue brauche. Dies sei doch absurd, wenn man nur ansatzweise das ernst nehme, was man gesagt habe. Die FDP habe immer betont, neue Aufgaben nur durch Einsparung alter Aufgaben. Nun werde genau das Gegenteil getan. Der Bürokratieapparat dieser Landesregierung werde aufgebläht. Es würden neue Stellen geschaffen, wenn es keine neuen Aufgaben gebe, es würden neue Stellen geschaffen, wenn es neue Aufgaben gebe, und es würden sogar neue Stellen geschaffen, wenn eine Aufgabe abgegeben werde. Dies sei bemerkenswert.

Ein weiterer Wortbruch zeige sich in der Beschreibung, wie die Stellen gegenfinanziert werden sollten. Dies solle nämlich durch globale Minderausgaben geschehen. Ihn interessiere, was das bedeute. Wenn dies auf den ganzen Haushalt bezogen sei, was er jedoch nicht glaube, dann könnte es ja sein, dass eine Stelle dadurch gegenfinanziert werde, dass eine Lehrerstelle nicht besetzt werde. Dies könne doch nicht sein. Das politische Versprechen sei gewesen, man werde nur dann neue Dinge tun, wenn man sie durch Einsparungen gegenfinanziere. Er erwarte von der Landesregierung, dass sie, wie versprochen, bezüglich der 139 Stellen klar und eindeutig benenne, wo entsprechende Stelleneinsparungen und Stellenstreichungen erfolgten, um dies gegenzufinanzieren. Dies sei jedoch augenscheinlich nicht beabsichtigt. Auch dies sei ein schwerer Wortbruch.

Er halte es für sehr sinnstiftend, ausführlich schriftlich darzustellen, wo neue Abteilungen mit welchen Aufgaben geschaffen würden, welche Aufgaben weggefallen seien und trotzdem zusätzliche Stellen geschaffen würden. Dies sei für die Öffentlichkeit sehr wichtig. Von daher erwarte er von der Landesregierung eine entsprechende Darstellung.

Monika Düker (GRÜNE) verweist auf eine Vorlage der damaligen Landesregierung aus dem November 2016, in der für die gesamte Regierungszeit aus den Ministerkapiteln der Nettozugang aufgelistet sei. Es handele sich um 567 Stellen netto, also sieben Stellen pro Jahr und Ressort. Anschließend folge die Auflistung, wofür. Diesbezüglich gebe sie zu bedenken, was in dieser Zeit alles geschehen sei, zum Beispiel Flüchtlingskrise. Hierfür habe es im Innenministerium berechtigterweise einen Stellenaufwuchs gegeben, und zwar aufgabenbezogen.

Sie habe weiteren Erläuterungsbedarf, denn für sie bedeute die lapidare Begründung, es habe eine Umressortierung gegeben, noch keinen Stellenaufwuchs im Bereich von B7-Stellen. Umressortierung bedeute, es gehe eine Abteilung von Ressort A ins Ressort B. Dann erwarte sie, dass der Abteilungsleiter, die Abteilungsleiterin die Stelle mitnehme. Warum man im verbleibenden Ministerium eine zusätzliche Stelle benötige, erschließe sich ihr nicht. Eine Ausnahme sei das Innenministerium. Dort erschließe sich die Argumentation sehr, weil aufgrund der Flüchtlingskrise im Innenministerium ein Riesensbereich geschaffen worden sei. Auch wenn dieser Bereich jetzt ins Integrationsministerium gegangen sei, brauche dieser Bereich eine eigene Abteilung. Was die anderen Ministerien angehe, bitte Sie um einen vertieften schriftlichen Bericht. Warum eine Umressortierung zu einem zusätzlichen Stellenbedarf führe, sei nicht schlüssig dargelegt worden.

Sie gehe davon aus, dass die Zusage, alle Stellen würden eingespart, auch für die B7-Stellen gelte. Die Abgeordnete fragt, ob es dazu konkrete Vorstellungen gebe.

StS Dr. Patrick Opdenhövel (MF) weist darauf hin, dass er nicht nur von globale Minderausgaben, sondern auch von Stellenabsetzungen und Kürzungen in den Personalausgabenbudgets gesprochen habe.

Die Ausführungen der Oppositionsvertreter wären nachvollziehbar, wenn komplette Einheiten herübergegangen worden seien. Aber in den Beiträgen der Ministerialvertreter sei deutlich geworden, dass es sich nicht immer um eine geschlossene Abteilung gehandelt habe, sondern um Gruppen, größere Teile, was dazu geführt habe, dass an der einen oder anderen Stelle eine Führungsperson oder eine andere Person weggefallen sei, die habe ersetzt werden müssen.

In der von der Abgeordneten Düker angesprochenen Vorlage aus November 2016 würden unter anderen 134 sonstige Stellen ausgewiesen, die mit beispielhaften Beschreibungen belegt worden seien. Daraus gehe in keiner Weise hervor, wofür diese Stellen eingesetzt worden seien. Von daher sei man den Anforderungen, die man nun an die neue Landesregierung richte, selber in der Vergangenheit nicht nachgekommen.

Stefan Zimkeit (SPD) bittet um Beantwortung der Frage, wie viele neue Stellen im Jahre 2010 von der damaligen neuen Landesregierung eingerichtet worden seien. Er sage es ihm: null.

StS Dr. Patrick Opdenhövel (MF) sagt, es habe Personalzuwächse im Leitungsbereich und auch in den Fachbereichen der einzelnen Ministerien gegeben. Die Gesamtdarstellung, die er gerade erwähnt habe, zeichne genau das nach, dass bei Rot-Grün in der Vergangenheit Vieles im Vollzug passiert sei. Die neue Landesregierung habe dies nun zu Beginn der Legislaturperiode gemacht. Dies schließe nicht aus, dass es auch in Zukunft Personalanmeldungen geben werde, wie es bei Rot-Grün ebenfalls der Fall gewesen sei. Er widerspreche dem Abgeordneten Zimkeit nicht, dass es 2010 null Stellen gewesen seien. Es sei aber nicht so, dass für weitere Maßnahmen und auch für Personaleinstellungen in den von ihm bereits mehrfach skizzierten Leitungsbereichen Personal nicht nachgezogen worden sei. Er könne sich nicht daran erinnern, dass es damals Diskussionen darüber gegeben habe, wohin eine B4-Stelle oder eine B7-Stelle gewandert sei.

Stefan Kämmerling (SPD) merkt an, die Landesregierung sei ja in der Lage gewesen – dies zeige die Aufstellung in Vorlage 17/232 –, in einzelnen Punkten sehr genau zu benennen, wo die zukünftigen Aufgaben lägen. Beispielsweise sei im MSB eine B4-Stelle für Leitung Presse ausgewiesen worden. Dies sei in den Einzelpläne 04 und 06 nicht möglich gewesen. Dort sei lediglich von „Gruppenleitung Fachbereich“ die Rede. Von daher bitte er, die vom Abgeordneten Zimkeit erbetene Übersicht mit der Information zu ergänzen, wie die konkreten Funktionen der einzelnen Stellen, die aufgelöst worden seien, aussähen. Dies könne ja nicht vertraulich sein, da, wie gesagt, für das MSB bereits eine entsprechende Mitteilung erfolgt sei.

StS Dr. Patrick Opdenhövel (MF) macht deutlich, von Vertraulichkeit habe in dem Zusammenhang niemand gesprochen, sondern man habe eine Kategorisierung vorgenommen, die es den Abgeordneten erlauben solle, nachzuvollziehen, wo es im unmittelbaren persönlichen Bereich, im Pressebereich und wo es im Rahmen von Umressortierung/politischer Schwerpunktbildung Veränderungen gegeben habe.

Arne Moritz (CDU) führt aus, die jetzige Regierungskoalition habe zu Beginn der Legislaturperiode 139 Stellen geschaffen. Er habe ja bereits vorhin die Stellenvermehrung in der rot-grünen Regierungszeit angesprochen. Insofern frage er, was der bessere Weg sei, zu Beginn der Legislaturperiode eine gewisse Anzahl zu schaffen oder über viele Jahre hinweg die Anzahl der Stellen massiv auszuweiten. Das Verhältnis zwischen dem Personal in der Ministerialverwaltung und dem Personal in der allgemeinen Verwaltung sei unter Rot-Grün auf ein Rekordhoch gestiegen. Vor dem Hintergrund würde er das Ganze etwas tiefer hängen. Allerdings beruhige es ihn auch, wenn er sehe, dass dies offensichtlich das einzige Thema sei, das SPD und Grünen habe. Dies zeige, dass die neue NRW-Koalition einen richtig guten Start hingelegt habe.

Stefan Zimkeit (SPD) entgegnet, offensichtlich habe der Abgeordnete Moritz bei den anderen Tagesordnungspunkten nicht genau zugehört, was die neue Landesregierung alles falsch mache.

Die neue Landesregierung mache in zweierlei Hinsicht etwas Schlimmes. Zum einen würden zum Start in einer noch nie dagewesenen Art und Weise neue Regierungsstellen geschaffen und zum anderen werde es mit dem nächsten Haushalt fortgesetzt, nämlich noch einmal 259 Stellen. Darüber hinaus habe man immer wieder gesagt, neue Ausgabe nur, wenn es Einsparungen gebe. Jetzt werde genau das Gegenteil gemacht. Von daher könne er verstehen, dass der neuen Landesregierung die Debatte unangenehm sei.

StS Dr. Patrick Opdenhövel (MF) widerspricht, ihm sei die Debatte nicht unangenehm. Einer Landesregierung, die es schaffe, einen Haushalt mit einer schwarzen Null aufzustellen, brauche man nicht zu erklären, wie Finanzpolitik vernünftig betrieben werde. In diesem Haushalt werde man genau das wiederfinden, was man so vehement einfordere, nämlich dass die Stellenzuwächse an anderen Stellen kompensiert würden.

Stefan Zimkeit (SPD) entgegnet, der Minister habe in einer Pressemitteilung behauptet, er wäre der erste Minister seit 1973, der einen ausgeglichenen Haushalt vorlege. Dies sei frei erfunden. Schließlich sei 2016 der Haushalt nicht nur ausgeglichen gewesen, sondern es seien auch Schulden getilgt worden. Darüber hinaus komme dieser ausgeglichene Haushalt nur durch massiv erhöhte Steuereinnahmen zustande. Wenn man behaupte, dass man die schwarze Null erreicht habe, dann müsste man im Haushalt 2018 geringere Ausgaben haben als im Haushalt 2017. In diesem Zusammenhang bitte er darum, einmal die Ausgabenentwicklung vom Haushalt 2017 bis zum Haushalt 2018 darzustellen.

Monika Düker (GRÜNE) findet eine schwarze Null noch keine hinreichende Begründung dafür, die Ministerialbürokratie nicht sachgerecht auszubauen. Dies sei für sie argumentativ nicht überzeugend. Sie habe erhebliche Zweifel daran, ob dieser Ausbau der Ministerialbürokratie tatsächlich aufgaben- und sachbezogen richtig sei. Richtig sei, dass in der Vergangenheit sukzessive ausgebaut worden sei, aber immer, bis auf die angesprochenen 134 Stellen – da gebe sie dem Staatssekretär recht –, verbunden mit nachvollziehbaren zusätzlichen Aufgaben, die entstanden seien. Der jetzige Stellenzuwachs erschließe sich ihr auch nach dieser Debatte nicht. Eine Umressortierung, selbst wenn es nur eine Teilumressortierung einer Abteilung sei, begründe noch nicht, dass der Rest, der im Haus bleibe, mit derselben B7-Stelle wieder bedient werde. Sie finde es nicht vermessen, seitens der Opposition eine schlüssige Begründung dafür einzufordern, warum man aufgrund von Umressortierungen fünf neue Abteilungsleiterstellen brauche. Von daher erbitte sie einen weiteren Bericht.

StS Dr. Patrick Opdenhövel (MF) betont, die Landesregierung halte die Schaffung von 139 neuen Regierungsstellen für sachgerecht. Er wolle der Haushaltsdebatte nicht vorgreifen, aber ihm sei es bei seinem Beispiel nur um Folgendes gegangen: Die Opposition habe in Zweifel gestellt, dass die Versprechen eingehalten würden. Man habe aufgezeigt, wie man den Stellenaufwuchs kompensiere. Diesbezüglich habe er ein Stück weit Glaubwürdigkeit eingefordert.

Ralf Witzel (FDP) sagt, es sei gefragt worden, warum bestimmte Personalmaßnahmen zu Beginn der Legislaturperiode erfolgten. Die Antwort laute: Es sei sachgerecht, bei Stellen, wo Minister in wichtigen politischen Funktionen vertraute Ansprechpartner bräuchten, das von Beginn an zu regeln und nicht erst in drei Jahren. Deshalb sei ja die Zusage der Kompensation auch so wichtig. Wenn man in zentralen Funktionen, wo auch das persönliche Vertrauensverhältnis sehr wichtig sei, handlungsfähig sein wolle, dann könne man beispielsweise den Pressesprecher nicht erst in drei Jahren austauschen. Von daher müsse jetzt gehandelt werden.

Arne Moritz (CDU) weist darauf hin, dass im Bereich des ehemaligen Umweltministers Remmel Stellen größeren Ausmaßes geschaffen worden seien. Er frage, ob dies für alte Aufgaben, für Aufgaben im Bereich persönlicher Referent etc. oder auch für neue Aufgaben geschehen sei.

Monika Düker (GRÜNE) merkt an, sie sei nicht die Vertreterin der alten Landesregierung.

Vorsitzender Martin Börschel stellt fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gebe. Er halte fest, dass von SPD und Grünen weitere Informationen durch eine Vorlage erbeten worden seien.

Die Frage des **StS Dr. Patrick Opdenhövel (MF)**, ob sich die Informationen auf die B7-Stellen bezögen, bejaht **Monika Düker (GRÜNE)**.

Stefan Zimkeit (SPD) teilt mit, die Informationen bezögen sich auf alle B-Stellen. Ferner bitte er um Informationen darüber, wo neue Abteilungen gegründet worden seien. Darüber hinaus werde man vermutlich weitere Fragen nachreichen, die man gerne in der Vorlage beantwortet haben wolle.

Vorsitzender Martin Börschel teilt mit, dass die Landesregierung eine solche Vorlage zusage. Dieses Thema werde dann nach Fertigstellung der Vorlage wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

